

Witten, 1. September 2015

Rede von Rainer Eienkel am 1. September 2015 in Witten, am Mahnmal im Lutherpark.

"Für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung"

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Freundinnen und Freunde,
sehr geehrter Gäste,

Vielen Dank für die Einladung, heute und hier zum Antikriegstag sprechen zu dürfen. Es ist ein wichtiger, wenn nicht sogar der wichtigste Gedenktag, den wir heute, am 1. September, gemeinsam begehen.

Wir gedenken und erinnern jedes Jahr am 1. September an den Überfall Nazi-Deutschlands auf Polen am 1. September 1939. Es war der Beginn des 2. Weltkrieges. Es war der Beginn der untrennbar miteinander verbundenen Menschheitsverbrechen des deutschen Faschismus: Vernichtungskrieg und Holocaust. Wir gedenken und erinnern an diesem Tag der unzähligen Opfer und Leiden.

Die Schreckensherrschaft endete mit einer furchtbaren Bilanz:

- 6 Millionen Juden brutal ermordet, erschlagen, in den Konzentrationslagern vergast, verbrannt. 6 Millionen Kinder, Frauen, Männer.
- Eine halbe Million Sinti und Roma wurden vom Naziregime umgebracht
- In den Konzentrationslagern starben zehntausende Antifaschisten, Pazifisten, Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftler, Christen, Homosexuelle, behinderte Menschen,
- nach fünfeinhalb Jahren Blutvergießen waren mehr als 60 Millionen Menschen dem Nazi-Terror, dem Holocaust und dem Vernichtungskrieg zum Opfer gefallen.
- Keine Stadt blieb verschont. Besonders betroffen war das Ruhrgebiet und dazu gehört auch die Stadt Witten.

Knapp zwei Monate vor Kriegsende, am 19. März 1945, fielen in einer einzigen Bombennacht tausende Spreng- und Brandbomben auf die Wittener Innenstadt. 80 Prozent der Innenstadtbauung waren zerstört oder schwer beschädigt. Schwer getroffen wurden die beiden Krankenhäuser, das Rathaus, Johannis- und Gedächtniskirche. 14 Schulen lagen in Trümmern, 1000 Häuser zerstört, 1000 beschädigt. 116 Tote und 557 Verletzte waren zu beklagen. 18 000 Menschen

waren obdachlos. Zur Erinnerung gehört, dass unter dem Lutherpark ein Stollenbunker war. Im Februar 1945 kamen bei einer Massenpanik 38 Menschen zu Tode.

Zum Kriegsende verglich ein Chronist das Ruhrgebiet mit den Ruinen des zerstörten Karthagos.

Der 1. September muss heute und zukünftig ein Tag des Erinnerns bleiben über Opfer, Ursachen und Wurzeln von Krieg und Faschismus. Dieser Tag erinnert an unsere Verantwortung, alles für den Frieden zu tun.

Darum nie wieder Krieg - Nie wieder Faschismus!

Bilder über brennende Städte, Bomben, Tode, Verletzte, Vertriebene, Massaker sehen wir heute aus Kobane, Gaza-Stadt, Donezk, Aleppo, den Flüchtlingslagern in Syrien.

Tagtäglich erreichen uns die Nachrichten von Krieg und Bürgerkriegen: Syrien, Irak, Sudan, Somalia, Libyen, Jemen, Naher Osten, Gaza, Ukraine und Afghanistan. Dort wird heute Krieg geführt, gegen Kinder, Frauen, Männer, Dörfer und Städte.

Nirgendwo haben Kriegseinsätze zu Frieden, Demokratie, Stabilität geführt sondern nur soziale Verwüstungen angerichtet.

Dennoch: Aufrüstung und Krieg werden wieder stärker zum Mittel der Politik. Auch in unserem Land wird die Bundeswehr seit Jahren für internationale Kriegsführungsfähigkeit und für weltweite militärische Intervention umgerüstet.

Zahlreiche deutsche Politiker und die Militärs träumen bereits wieder von einer deutschen Großmachtrolle in der Welt. Wir sollen stärker als bisher in der Welt „Verantwortung“ übernehmen, auch mit militärischer Gewalt.

Dies allerdings stets gegen den Willen der eigenen Bevölkerung. Eine überwältigende Mehrheit von 75 % lehnt deutsche Kriegseinsätze ab. Das ist gut so.

Eine eindeutige Mehrheit, die sagt: Wir brauchen keine „Auslandseinsätze“.

Eine klare Mehrheit, die sagt: Wir brauchen keine milliardenschweren Rüstungsgüter wie Eurofighter, Atombomber, Drohnen, Kampfhubschrauber,

Marschflugkörper, Laser- und Streubomben.

Doch gleichzeitig boomt das Geschäft mit dem Tod. Auch in diesem Land. Deutschland ist weltweit der drittgrößte Rüstungsexporteur. Die deutsche Rüstungsindustrie ist direkt an allen Kriegen der Welt beteiligt.

Behauptet wird, Rüstungsexporte sichere Beschäftigung und den Wohlstand! Darum sei das Geschäft mit dem Tod unverzichtbar. Eine perverse Logik.

Die Fakten sprechen eine andere Sprache: Rüstungsexporte entsprechen gerade 0,6 % der gesamten deutschen Exporte. Von 40 Mio. Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft sind 80.000 Arbeitsplätze von der Rüstungsproduktion abhängig.

Rüstungsindustrie ist kein normaler Industriezweig. Mit den Produkten der Rüstungsindustrie werden Kriege und Bürgerkriege geführt.

Waffenverkäufe sind Exporte, an denen immer Blut klebt.

Jede Minute stirbt auf der Welt ein Mensch durch Waffengewalt. 80 Prozent der Toten sind zivile Opfer. Besonders skandalös der Export von Kleinwaffen. Dadurch werden weltweit die meisten Menschen in Bürgerkriegen getötet. Gerade Kindersoldaten werden zum Einsatz an Kleinwaffen gezwungen.

Wir haben uns als Gewerkschafter immer als Teil der Friedensbewegung verstanden. Darum sagen wir auch ohne wenn und aber:

- Wir brauchen die Beendigung der Rüstungsproduktion
- Wir brauchen die Umstellung auf zivile Produktion.
- Wir fordern Rüstungskonversion und Einstellung der Rüstungsexporte.

Weltweit sind heute mehr als 50 Millionen Menschen auf der Flucht. Sie fliehen vor Kriegen und Bürgerkriegen. Sie fliehen vor Unterdrückung aufgrund ihrer politischen Anschauungen, ihres Glaubens, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung. Sie fliehen vor Armut, Hunger und Krankheit.

Im DGB-Aufruf zum Antikriegstag gibt es dazu eine klare Position:

Die Würde jedes Menschen ist und bleibt unantastbar. Diejenigen, die vor Terrorismus und Krieg nach Europa fliehen, haben ein Recht auf Asyl. Die Flüchtlinge brauchen eine menschenwürdige Aufnahme und Perspektiven auf soziale und wirtschaftliche Integration in Europa. Europa darf nicht seine eigenen Werte verraten! Ohne Rückbesinnung auf diese Werte und die

Stärken eines solidarischen Europas droht der soziale Frieden in Europa zu zerbröckeln. (Zitat Ende)

Es ist unerträglich, dass ein EU-Staat an seiner Staatsgrenze eine neue Mauer baut, Stacheldraht verlegt, Blendgranaten, Tränengas und Schlagstöcke gegen Bürgerkriegsflüchtlinge, gegen Kinder und Familien eingesetzt werden. Es ist zu verurteilen, dass Grenzen zwischen EU-Staaten zu Hochsicherheitszonen aufgerüstet werden, siehe zwischen Frankreich und England.

Asylrecht ist ein Menschenrecht. Daran darf nicht gerüttelt werden.

Es ist nicht hinnehmbar, wie sehr Flüchtlingen in Deutschland und anderen EU-Staaten mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit begegnet wird. In unserem Land erleben wir täglich Angriffe auf Asylunterkünfte, auf Asylbewerber, aber auch auf Menschen, die sich im Alltag für einen menschenwürdigen Umgang mit diesen Flüchtlingen engagieren.

Drahtzieher sind vielfach Rechtsextremisten. Unterstützt von Bewegungen wie Pegida und anderen Nazis in Nadelstreifen. Heiß gemacht durch Äußerungen von Politikern oder auch Medien.

Hier noch einmal aus dem DGB-Aufruf

Auch um ein klares Zeichen gegen diese menschenverachtenden Umtriebe zu setzen, brauchen wir endlich ein Verbot der NPD und aller neofaschistischen und rechtsextremen Gruppen.

Auch dafür wollen wir Gewerkschafter und Friedensfreunde heute ein Zeichen setzen. Darum sind wir hier. Unsere eigene Geschichte verpflichtet uns zu entschiedenem Widerstand gegen Krieg, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit.

Wir wollen und müssen gemeinsam Zeichen setzen:

- **Für eine Entschärfung des Ukraine-Konfliktes. Keine Ausweitung der Nato nach Osten.**
- **Mittel für Rüstungsaufgaben müssen für soziale, ökologische, bildungs- und gesundheitspolitische Aufgaben verwendet werden.**
- **Die Bundeswehr hat an unseren Schulen, Universitäten und Ausbildungsmessen nichts verloren. Wir brauchen sie dort nicht.**
- **Wir zeigen unsere Solidarität mit den Flüchtlingen und fordern eine soziale Asylpolitik.**

Wir wollen Flagge zeigen:

- **Gegen Krieg & Gewalt,**
- **Gegen Rüstungsexporte & weitere Hochrüstung**
- **Gegen Rassismus & Fremdenfeindlichkeit**

Nie wieder Krieg und Faschismus heißt:

Wir wollen hier keine neuen und keine alten Nazis!

Witten hat keinen Platz für Rassismus und Rassisten!

Laßt uns dafür gemeinsam in breiten Bündnissen eintreten. Das ist der Auftrag, den wir vom 1. September mitnehmen.

Ich bedanke mich für die Einladung und die Ehre, heute hier sprechen zu dürfen.